

Tischvorlage

Landkreis Lüchow-Dannenberg
Der Landrat
61 - Kreisentwicklung, Regional-
und Verkehrsplanung

08.02.2013/2013

Sitzungsvorlage **Antrag**

Nr.: 2013/330

Wasser ist Menschenrecht, Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand

Ausschuss Regional/Strukturentwicklung, Raumordnung, Wirtschaft und Beschäftigung, Tourismus	07.02.2013	TOP
Kreisausschuss	04.03.2013	TOP
Kreistag	07.03.2013	TOP

Eingang per E-Mail am 06.02.2013:

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir möchten Sie bitten, unseren Resolutions-Antrag den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussmitgliedern des Fachausschusses „Regional/Struktur, Raumordnung, Wirtschaft und Beschäftigung, Tourismus“ vorab per Email zukommen zu lassen.

Aus der jüngsten Entwicklung in der EU bzw. ihrer Absicht, die Wasserversorgung zu privatisieren, ergibt sich aus unserer Sicht für die kommunalen Parlamente dringender Handlungsbedarf. Unserer Auffassung nach gehört eine so elementare Grundversorgung wie die mit Wasser nicht in private Hand!

Wir halten diese Resolution deshalb für dringlich, weil die EU Entscheidungen dazu bald fällen wird. Die Kommunen sollten sich zu den schädlichen Bestrebungen der EU möglichst umgehend positionieren, in dem sie sofort reagieren und eine Privatisierung per Resolution strikt zurückweisen.

Da die Fachausschuss-Sitzung schon morgen, 7.2.13, stattfindet und der nächste Kreistag am 7.3.tagt, sehen wir Handlungsbedarf, damit am morgigen Tag der Ausschuss sich vorbereitend damit befassen kann und der KA am 4.3. noch eine Empfehlung für den Kreistag dazu abgeben kann.

Für die Grünen-Kreistagsfraktion
Elke Mundhenk

Resolutions-Antrag der Grünen-Kreistagsfraktion

Wasser ist Menschenrecht

Wasserversorgung und Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand

Das Recht auf Wasser sowie das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen. Eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle

Menschen gewährleistet sein. Nur in öffentlicher Hand ist das auch dauerhaft möglich.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg spricht sich daher nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserversorgung und Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Die Wasser- und Abwasserwirtschaft darf nicht unter den Zuständigkeitsbereich der Binnenmarktregelung fallen.

Wir fordern die Europäische Union stattdessen auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Wasserversorgung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft geht vor Marktinteressen.

Wir fordern die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.
